

# Der digitale Anwalt

**UNTERNEHMEN** Christoph Lattreuter hat sich auf Bußgeldbescheide spezialisiert. Dabei geht der „Geblikt.de“-Gründer mit seiner Leipziger Kanzlei neue Wege: Er lässt Computer für sich arbeiten.



In der Leipziger Kanzlei von „Geblikt.de“-Gründer Christoph Lattreuter werden jedes Jahr 30.000 Verkehrsrechtsfälle bearbeitet. Möglich macht das ein Computerprogramm.

FOTO: ANDREAS STEDTLER

VON MAX HUNGER

**LEIPZIG/MZ** - Es ist ein Tag im August 2019 als Tobias M. (Name geändert) aus dem Bördekreis mit seinem Auto auf der A2 in Richtung Berlin unterwegs ist. Dann löst der Blitzer aus: Bei einer Geschwindigkeit von 151 Kilometern pro Stunde misst die Abstandskontrolle 30 Meter bis zum nächsten Fahrzeug - vorgeschrieben sind bei diesem Tempo mindestens 75,5 Meter. Der Bußgeldbescheid folgt: 180 Euro und ein Punkt drohen dem Mann. Doch etwas ist auffällig am Schriftstück der Behörde. Das Blitzerfoto gleicht einem schwarzen Fleck, der Fahrer ist nicht zu erkennen. Tobias M. wird stutzig. Doch die Kosten für einen Anwalt könnten das drohende Bußgeld um ein Vielfaches übersteigen.

Also lässt er den Bescheid im Internet prüfen - auf der Plattform „Geblikt.de“. Hier können Autofahrer ihre Bußgeldbescheide kostenlos einreichen. Anwälte prüfen dann, ob sich ein Widerspruch lohnt. Erhält der Mandant Recht, zahlt die Staatskasse die Kosten. So geschehen im Fall von Tobias M. Im Januar wird das Verfahren eingestellt. Der Grund: die Qualität des Messfotos.

**Legal-Tech auf dem Vormarsch** Hinter „Geblikt.de“ arbeitet eine sogenannte Legal Technology (deutsch etwa: Rechtstechnik). Der Begriff beschreibt die computergestützte und datenbasierte Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten. Auch abseits des Verkehrsrechts ist „Legal Tech“ mittlerweile auf dem Vormarsch. Das Portal „Flightright“ etwa will Flugreisenden bei Ausfällen zu ihrem Recht verhelfen, auf „Gefeuert.de“ können Arbeitnehmer ihr Recht auf Abfindung prüfen.

Mitbegründet hat „Geblikt.de“ Rechtsanwalt Christoph Lattreuter. Seine Kanzlei „WKR“ in Leipzig ist heute eine der Partnerkanzleien der Online-Plattform. Die Leipziger Juristen haben sich unter anderem auf Verkehrsrecht spezialisiert. Genauer: auf Bußgeldbescheide. Ein nicht ordnungsgemäß aufgestell-

ter Blitzer, ein pixeliges Foto, ein falsches platziertes Schild - laut Geschäftsführer Christoph Lattreuter ist etwa jeder dritte Bescheid fehlerhaft. Meist lasse sich dann die Strafe abmildern oder ganz abwenden. Und ist ein Blitzgerät einmal falsch aufgestellt, ist die ganze Messreihe mangelhaft. So geschehen in Köln 2017: Hier sorgte ein falsch platziertes Temposchild auf der A3 für hunderttausende zu Unrecht gebliktzte Autos. „Uns geht es nicht darum, Verkehrssünder rauszuhauen, sondern das staatliche Handeln zu überprüfen“, sagt Lattreuter. Das tut seine Kanzlei - und zwar listenweise.

## Tausende Akten

Regelmäßig füllen hier tausende abgearbeitete Akten die hüfthohen Entsorgungscontainer. Die vier im Bußgeldrecht tätigen An-

## Facebook live mit Rechtsanwalt: Geblikt, was jetzt?

**Seit der neue Bußgeldkatalog** am 28. April in Kraft getreten ist, greifen härtere Strafen für zu schnelles Fahren in Deutschland. Wer etwa innerorts mit 21 Kilometern pro Stunde zu viel geblikt wird, dem droht nun ein Fahrverbot. In vielen Fällen lässt sich die Strafe jedoch abwenden, meint Christoph Lattreuter, Rechtsanwalt und Gründer von „Geblikt.de“. Im MZ-Livestream

beantwortet der Rechtsanwalt Ihre Fragen rund um das Thema Blitzen. Sie haben folgende



Möglichkeiten, um mit ihm in Kontakt zu treten:

**1. Facebook live** am Freitag, 14 bis 14.30 Uhr  
[www.mz.de/facebook](http://www.mz.de/facebook)

**2. E-Mail** bis Freitag, 10.30 Uhr, an die Adresse:

[redaktion.online@mz.de](mailto:redaktion.online@mz.de)

Die Antworten lesen sie in der Mittwochausgabe im Ratgeberressort der MZ. FOTO: KATRIN SIELER



**Laut Auswertung der Mandantendaten der WKR-Kanzlei befinden sich die fünf rentabelsten Blitzstandorte in Sachsen-Anhalt auf der A2, der A9, der B91 und der B79. Spitzenreiter ist Burg-Zentrum.** QUELLE: WKR-RECHTSANWÄLTE

wälte bearbeiten im Jahr über 30.000 Verkehrsrechtsfälle aus ganz Deutschland. Ein gut ausgelasteter Rechtsanwalt schaffe in der Regel rund 400 im Jahr, sagt Lattreuter. „Wir sind aber keine klassische Anwaltskanzlei.“ „Legal-Tech“ heißt hier konkret: Erhält ein Anwalt ein Mandat, wird der Fall normalerweise zunächst bei einem Termin vor Ort besprochen, Papiere abgeholt, Briefe getippt. In der Leipziger Kanzlei läuft das anders: Hier werden eingehende Bußgeldbescheide eingescannt und automatisiert von einem Programm ausgelesen. Die Software speichert den Ort des Blitzgerätes, die zuständige Bußgeldstelle und vieles mehr. Drei Viertel des Schriftverkehrs werden so digitalisiert.

Mit den einlaufenden Falldaten füttern die Mitarbeiter ihre Datenbank. „Das erlaubt uns eine großflächige Auswertung“, sagt Lattreuter. Hat ein Blitzer in der Vergangenheit schon einmal

falsch gemessen, fällt das den Juristen sofort auf. Sie können aber auch analysieren, wie oft eine Bußgeldstelle bereits Fehler gemacht hat oder welche Blitzer besonders häufig zuschlagen. Die Entscheidung zum Beispiel zur Anfechtung eines Bescheides trifft auch hier am Ende immer ein Anwalt aus Fleisch und Blut. Anhand der erhobenen Daten kann der Bußgeldbescheid aber nicht nur juristisch, sondern auch nach der Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Widerspruches beurteilt werden.

## Computer und Jura

Dass sich Computer und Jura so gut vertragen, liege am Rechtssystem, sagt der Kanzleigründer. Denn das sehe beim gleichen Sachverhalt in der Regel auch das gleiche Urteil vor. Ist also ein Bußgeldbescheid geprüft, stellt sich eine konkrete Frage: Widerspruch - ja oder nein? Null oder eins? Die Technologie könnte vor allem im Verkehrsrecht an Bedeutung gewinnen: Seit dem 28. April gilt in Deutschland ein neuer Bußgeldkatalog. Der sieht etwa für Temposünder schärfere Strafen vor. Wer innerorts mit 21 Kilometern pro Stunde zu viel geblikt wird, dem droht nun bereits ein Fahrverbot. „Bußgeld interessiert die Mandanten weniger, aber auf den Führerschein sind viele angewiesen“, so Lattreuter.

Seit dem Jahr 2018 betreibt der Jurist die Kanzlei in Leipzig in ihrer heutigen Form. Angefangen hat der 46-Jährige in einem klassischen Anwaltsbüro. Mit der Idee, Rechtsangelegenheiten per Computer abzuwickeln, gründet er mit einem Kollegen 2013 das Internetportal „Geblikt.de“. Weil sich schnell die Anfragen häufen, beschließt Lattreuter die Arbeitsweise auch in einer Kanzlei anzuwenden.

In der Zukunft will Christoph Lattreuter expandieren. Schon jetzt behandelt seine Kanzlei neben dem Bußgeldrecht auch Fälle zum Unfall-, Medizin-, Familien- und Arbeitsrecht. Weitere Felder seien in Planung. „Digitalisierung kommt“, sagt Lattreuter. Auch im Anwaltsbüro. Weltweit.

PANDEMIE

## Haseloff rät trotz Corona zu Optimismus

Regierungschef: „Es gibt keinen Grund, sich einzuigeln.“

VON JAN SCHUMANN

**MAGDEBURG/MZ** - Es ist erst wenige Wochen her, dass Sachsen-Anhalts Regierungschef über schlaflose Nächte berichtete. Reiner Haseloff (CDU), so war zu verstehen, setzte die Corona-Pandemie zu. Mittlerweile versprüht der Ministerpräsident aber Optimismus, niedrige Infektionszahlen lassen es zu. „Verzagtheit wäre fehl am Platz“, erklärt Haseloff am Donnerstag in einer Regierungserklärung im Landtag. Denn Sachsen-Anhalt habe die Pandemie bisher gut bewältigt. Zwar bleibe sie eine Herausforderung - es gebe aber „keinen Grund, sich einzuigeln“. Haseloffs Motto: „Wir brauchen Zuversicht und Zutrauen.“

Der Regierungschef verknüpft dies mit dem Aufruf, die regionale Wirtschaft nach dem „Lockdown“ wieder anzukurbeln. „Besuchen wir wieder Restaurants und Theater oder Kinos. Machen wir wieder Urlaub im Harz oder an Saale und Unstrut.“ Und: „Kaufen wir wieder ein bei regionalen Händlern vor Ort.“ Nur so könne das gesellschaftliche Leben wieder Fahrt aufnehmen. „Kontraproduktiv“ sei es hingegen, nun Geld auf die hohe Kante zu legen.

## Bloß keine zweite Welle

Der Physiker sagt aber auch: Die Eindämmung des Virus bleibe entscheidend. Die beste Wirtschaftsförderung bestehe darin, einen zweiten Infektionswelle zu verhindern. „Einen weiteren Shutdown werden wir nicht bewältigen können“, warnt Haseloff. Und berichtet dem Parlament von eigenen Einkaufstouren: Nicht immer hielten Kunden an den Kassen die Abstandsregeln ein. Zur „Zivilcourage“ gehöre es auch, sich gegenseitig zu ermahnen.

Die Opposition sieht die Lage freilich kritischer. AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner beklagt, das Parlament werde in der Krise ausgeschaltet, das Kabinett Haseloff regiere nur noch per Verordnung. Zu Beginn der Parlamentsitzung provoziert die Rechtsaußenpartei gleich eine Unterbrechung, indem sie bewusst gegen Abstandsregeln verstößt, fast in voller Stärke im Fraktionsblock sitzt. Das soll ein symbolischer Protest gegen die jüngsten „Black Lives Matter“-Demos sein, bei denen Demonstranten die geltenden Sicherheitsabstände nicht befolgt hatten. Die Demos richteten sich gegen Rassismus. Die AfD kritisiert die Proteste mit eigenen Schildern.

## Linke will „Kindergipfel“

Die Linke attestiert eine „Krise des Gesundheitssystems“, die unter Corona-Bedingungen „brutal“ zutage getreten sei. Krankenhäuser seien unterfinanziert. Fraktionschef Thomas Lippmann kritisiert, dass Haseloff dazu kein Wort verloren habe. Lehrer Lippmann attestiert der Regierung zudem, dass der Versuch gescheitert sei, in der Pandemie vernünftigen Schulunterricht zu organisieren. Die Linke fordert einen Kindergipfel im Land. Durch geschlossene Kitas, Schulen und Freizeitangeboten seien Kinder besonders stark von der Krise betroffen - bis hin zu Einschnitten in die kindliche Entwicklung, sagt Fraktionsvize Eva von Angern. Der Blick auf diese Probleme fehle bisher völlig.

Haseloffs Koalitionspartner von SPD und Grünen fordern nun Richtungsentscheidungen in der Krise. Die Grünen hoffen auf einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Die SPD fordert - auch mit Blick auf Homeoffice und Heimunterricht - den „Aufbruch in eine digitale Zukunft“.